

Volks-Zeitung

Verleger: Otto Kretschmer, Berlin-Steglitz

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Kretschmer, Berlin

Marzobrot 820	Srom: Licht und Kraft 900
Markenbrot 800	Gas ohne 420
Wasser ohne 200		
Wasser mit 220		
Zucker Pfund 500-550	30-Mark-Stück 85.000
Briketts (frei Keller) Ztr.	725	Goldschmelzgold 998.400
Brot (frei Keller) Ztr.	1275	Schlüsselzahl für Bücher	2000

Schellfisch	1200-2000 M.	Kabottja	1000-2200 M.	Seslachs	1300-1400 M.	Dorsch	900-1000 M.	Rotbarsch	2000-2200 M.	Rotzungen	1200-2000 M.	grüne Heringe	300-1200 M.	In Eis gepackt: Hechte	2000-2800 M.	Lander	4000-5000 M.	Biese	1500-2400 M.	leband: Hechte
5300-4000 M.	Kartoffeln	90-120 M.	Margarine	2800-3000 M.	Schweineschmalz	4500-4800 M.	d. Pfd.														

Strassenbahn	200	Umetzlg.	300	1. Okt. Ort 10, Fern u. Ost 25, Aanal	70, Technost. u. Ungarn 99			
Hoehh. II	130, III, 100, 130	Brief	Ort 20, Fern u. Ost 50	Annal. 150, Tschel. u. Ung. 120	Droschke	Kr x 3000, Pl x 2000	Telegr. 40 d. W., Grundgeb. 60	n. Ausland + nach Wahrung

Schnelldienst

Voincaré stellt in der Frage der Berliner Bahnen immer wiederholende Ansprüche. Voincaré hat der Außenkommission des Senats über Ruhr, Orient und Babel berichtet. Es wird mit der Möglichkeit einer Verdringung der englischen Zone am Rhein geachtet. Die griechische Regierung trifft in Athen neue kriegerische Vorbereitungen. Der griechische Ministerpräsident bei der Begegnung von Athen einwärtige Kapitalien in Höhe von 50 Prozent zu verwenden. In Belgien haben österreichisch-ungarische Ministerpräsidenten Rat gehalten. Frankreich demontiert das Geschütz, das eine Bezeichnung von Mannheim gelangt ist.

Der Verband der Rheinischen Westfälischen Presse erhebt schärfsten Einspruch gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit in den besetzten Gebieten. In New-York bildete sich eine Gesellschaft um einen Flugdienst New-York-Chicago mit Japelin-Dienstleistungen einzurichten. Polen verlangt in einer Note an die Völkerbundkommission endgültige Befestigung seiner Ostgrenzen. In Moskau kam es wegen der Kommunistenverhaftungen in der Türkei zu Demonstrationen vor der russischen Gesandtschaft. Die Palästinaeinwanderung nimmt in außerordentlichem Maße zu. In Wien geht die Polizei energisch an die Aushebung mancher sozialistischer Vereine. **Dollar: 22750**

Will Amerika eingreifen?

Beteiligung Amerikas am internationalen Gerichtshof - Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland

London, 26. Februar. (Privat.) Präsident Harding hat eine Mitteilung an den Senat geschickt, in der er vorschlägt, daß Amerika in den ständigen internationalen Gerichtshof eintritt. Der internationale Gerichtshof wurde durch den Vertrag von Versailles ins Leben gerufen und steht unter der Obhut des Völkerbundes. Staatssekretär Hughes hat in seinem Briefschreiben die Einwendung gemacht, daß Amerika durch seinen Eintritt keine geschäftliche Verbindung mit dem Völkerbunde eingehen könne, doch müsse Amerika bei der Erneuerung der Mitglieder des Gerichtshofs beteiligt sein. Endlich dürften die Statuten des Gerichtshofs nicht ohne die Mitwirkung der Vereinigten Staaten abgeändert werden. Wie die „Times“ schreiben, war schon seit zwei Tagen bekannt, daß Präsident Harding an einer Botschaft von großer Wichtigkeit arbeite. Die große Bedeutung der Harding'schen Botschaft liegt nach „Times“ in der allmählich sich entwickelnden Erkenntnis, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich von den europäischen Angelegenheiten nicht mehr fernhalten könne. Nach Ansicht der „Times“ besteht nur geringe Hoffnung, daß der Senat den Vorschlag Hardings billigen werde. Wenn dieser seine Zustimmung nicht erteilt, so bleibe die Tat Hardings eine Geste, aber gleichwohl eine Geste von großer Bedeutung.

Absicht, Amerikas Beteiligung am internationalen Gerichtshof des Völkerbundes beim amerikanischen Senat zu beantragen. Aber dieser Schritt hat offenbar nur Nebenbedeutung. Entscheidend ist, daß Amerika offenbar glaubt, daß dieser Gerichtshof demnächst eine wichtige Entscheidung zu fällen haben wird. Der amerikanische Völkerbund in London hat im Hinblick der englischen Presse in New-York Mitteilungen gemacht, nach denen sich der Präsident der Vereinigten Staaten mit ernstlichen Vermittlungsabsichten trägt. Die Intervention, die von England unterstützt wird, soll zweierlei Ziele haben. Einmal soll Frankreich die Ruhr räumen. Zum andern soll die deutsche Zahlungspflicht durch eine Studienkommission festgelegt werden und über Deutschland eine Finanzkontrolle eingerichtet werden. Soweit die vorliegenden Nachrichten! Auch hat der amerikanische Senat seine Zustimmung zum Eintritt in den ständigen internationalen Gerichtshof gegeben. Noch liegt der Interkontinentalplan Hardings nicht vor. Man wird daher gut tun, alle überschwänglichen Hoffnungen zu unterlassen. Aber die Ereignisse in Amerika zeigen andererseits, daß die Ruhrinflation zu beseitigen, die für die Welt auf die Dauer unerträglich sind.

Die Weltkonferenz muß kommen

New York, 26. Februar. (E. E.) Senator Edge, der von einer Reise aus Europa zurückgekehrt ist, begab sich zum Präsidenten Harding und erklärte ihm, es sei seine Aufgabe, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Schuldnerstaaten festzulegen.

Degouttes Sonntagsarbeit

Die beschäftigungslose Soldateska - Neue Beschlagnahmen, Verhaftungen und Kriegesgerichtsurlaile

Was Offen wird berichtet, daß die französische Wache im Hauptbahnhof Offen zurückgezogen worden ist. Die Franzosen haben die Durchfuhr der Kohlenzüge für Holland durch die Station Dordrecht verboten. Als der Vertreter des Landrats in Dordrecht bei dem Vertreter des französischen Zivilkommandanten Beschwerde über die Demolierung des neben der Handelskammer gelegenen Landratsamts führte, war dieser sichtlich überörtlich, daß das Zivilkommando auch in das Landratsamt eingedrungen war. Der erteilte Befehl scheint sich nur auf die Zerstörung der Handelskammer bezogen zu haben. Das Militär wurde zum größten Teil zerstreut, und es wurde versucht, den Gefangenen zu erweichen. Nebelgelder, fünf Freiheitsstrafen und die Affen wurden fortgenommen, außerdem auch Privatigentum der Beamten. Die Räume des Landratsamts bieten ähnlich wie bei der Handelskammer ein für fünfmalser Verwüstung durch die Franzosen.

Neue Ausdehnung der Besetzung

Königswinter, Montabaur, Limburg und Lorch von den Franzosen besetzt - Verschiebung der englischen Zone - Wie lange wird Bonar Law unfähig bleiben?

Frankfurt a. M., 26. Februar. Die Franzosen haben das besetzte Gebiet durch die gestern erfolgte Besetzung von Königswinter, Montabaur, Limburg und Lorch neuerdings erweitert. Die Reichsregierung wird gegen die neuen Besetzungen protestieren. London, 26. Februar. (W. I. B.) Der Kölner Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt zur Frage der Besetzung der Zwischenräume zwischen den Vorkantons von Mainz, Koblenz und Köln durch die Franzosen, durch diese Besetzung werde eine gerade Front 30 Kilometer östlich vom Rhein geschaffen. Eine Folge dieser Besetzung werde sein, daß das britische Gebiet mehr isoliert werde als je. Der britische Vorkantons in Köln werde von dem nichtbesetzten Deutschland durch die französischen Truppen und Soldaten so gut wie abgeschnitten werden.

gierung Hege, nicht eilen Zuglänger in Dunkel gehüllt bleiben. Der „Observer“ schreibt, die britische Ehre und die britischen Interessen hängen von ihnen auf dem Spiele. Bonar Law's Robineff ist verpflichtet zu handeln. England dürfe nicht hilflos in einer Lage, wie sie Großbritannien nie zuvor gekannt habe, verharren. Frankreich habe nicht den Schäften eines Rechts dazu, nach Belieben über das Ergebnis des gemeinsamen Sieges ohne Rücksicht auf die Wünsche Großbritanniens und Amerikas zu verfügen.

Ohne die Anstrengungen und Opfer Großbritanniens und Amerikas wäre Frankreich, fast heute am Rhein zu stehen, im Krieg vernichtet worden

Voincaré's Politik sei eine direkte Bedrohung des Gemeinwohlens und der kommerziellen Wiederherstellung Englands und sei kein auf ihre Moral und jedes Ideal. England sei immer noch bereit, Frankreichs Wünschen nach wirklischen Sicherheiten stattzugeben und einer Vereinbarung mit Frankreich nicht entgegenzusetzen zu Erzwingung gerechter Reparationen. Die durch einen unparteiischen Gerichtshof festgelegt werden müßten. Wenn diese Alternative, die in erster und würdiger Form in Paris unterbreitet werden müßte, nicht annehmbar sei, dann müsse England ebenso entscheiden wie Frankreich seine Freiheit zu einem gesonderten Vorgehen geltend machen. Der „Observer“ ist der Ansicht, daß der Ruhrkonflikt nur durch eine englisch-amerikanische Vermittlung gelöst werden könne, und fordert, daß die britische Regierung hierüber in eine vertrauliche Erörterung mit den Vereinigten Staaten eintreten solle.

Quousque tandem, Bonar Law?

Die unklare Haltung der englischen Regierung

London, 26. Februar. (W. I. B.) Die beiden bedeutendsten Sonntagblätter „Sunday Times“ und „Observer“, haben heute Kritik an der unklaren Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Ruhrkonflikt. Die „Sunday Times“ schreibt in einem Leitartikel, die Regierung würde einen großen Fehler begehen, die sich einbildete, daß die Mehrheit, die sich im Interhause über das französische Ruhrunternehmens ausdrückte, die wahren Anführer des Senats als auch des Landes darstelle. Man sei nicht befriedigt von der Rolle, die Großbritannien in dieser Frage spiele. Wenn die Regierung der Ansicht sei, daß sie im gegenwärtigen Augenblick nicht wirksam intervenieren könne, entweder direkt oder durch den Völkerbund, so könne sie wenigstens eines zuzufolge herausfinden, was die Franzosen bezweckten. Sie könne ein fremdschickliches Gesuch um Auffassung über die Pläne und Absichten der französischen Regierung nach Paris richten.

Resquith für Anrufung des Völkerbundes

Resquith erklärte in einer Rede in Cambridge, die Lage im Ruhrgebiet sei sehr ernst. Die Beziehungen Englands zu Frankreich würden einer großen Belastung ausgesetzt. Es gebe keine entscheidene Entscheidung der europäischen Politik einschließlich der englischen, als die augenblickliche Lage. Es sei schwer zu sagen, ob der Mißerfolg oder das Scheitern des französischen Ruhrabenteurers für die Zukunft Europas verhängnisvoller sein würde. Es sei klarer als je, daß die Mitwirkung des Völkerbundes nachgefragt und die Autorität des Völkerbundes angereuert werden müsse. Es könne sein, daß Frankreich nicht bereit sei, dies anzunehmen, es müßte jedoch versucht werden. Es müßte unüberleglich der Beweis geliefert werden, daß die Interkontinentalkommission materielles oder unwillkürliches Ergebnis zeitigen werde.

Die langwierigen Eisenbahnverhandlungen. Neue Forderungen Voincaré's.

London, 26. Februar. (W. I. B.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge gehen die Berliner Verhandlungen über die Benutzung der Eisenbahnen durch die Franzosen im englischen besetzten Gebiet sehr langsam vorwärts und rufen daher in Paris Ungebuld hervor. Voincaré hat dringende Mitteilungen nach London gelangen lassen, in denen er neue Konzeptionen für die französische Militärbehörde verlangt. Paris ist mit den neuen, aber begrenzten Erleichterungen, die ihm für den Kohlentransport durch Besetzung der Linie Reuß-Düren gewährt worden sind, nicht zufrieden gestellt und verlangt noch außerdem die Schmalbahnen die die englische Zone etwas weiter nach Osten durchqueren. Die Forderung würde, wenn sie erfüllt würde, eine neue Gebietserweiterung der französischen Zone bedeuten.

Siehe Reparationen der wahren und einzigen Grund dieser langwierigen Zwischen, oder bilde sich die französische Regierung ein, daß sie damit sicherstellen erreiche, oder sei sie darauf aus, Deutschland zu schwächen, verarmen zu lassen und zu zerstören?

Die letzten sich die Franzosen das endgültige Schicksal des Ruhrgebietes vor, französisch oder deutsch oder Neutralisierung des entmilitarisierten Gebietes unter internationaler oder unter französischer Aufsicht?

Diese Fragen, die von großer Bedeutung für England und ganz Europa seien, dürften, soweit es in der Macht der britischen Re-

Das Militärkonzept für die Ruhrhilfe. Zum Besten der Ruhrhilfe veranfaßten am gestrigen Sonntag Vermittlung die bereinigten Militärkommissar des Ober-Berliner Komitees unter Mitwirkung des Ersten Kammergefangenen ein